

SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr über die künftige Sozialpolitik : "Das Referendum ist noch nicht vom Tisch"

Autor(en): **Müller, Matthias / Fehr, Jacqueline**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Curaviva : Fachzeitschrift**

Band (Jahr): **78 (2007)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-805127>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr über die künftige Sozialpolitik

«Das Referendum ist noch nicht vom Tisch»

■ Matthias Müller



■ *Wo setzen Sie für die nächste Legislatur Ihre sozialpolitischen Prioritäten?*
Jacqueline Fehr: Die erste Priorität gehört der Sicherung eines sozialen Gesundheitswesens. Besonders wichtig ist mir, dass der ambulante Bereich und die Hausarztmedizin gestärkt werden. Das schaffen wir, wenn wir die Hausärzte stärker einbinden, indem wir sie zu Fallmanagern machen, die die gesamte medizinische Behandlung einer Person organisieren.

Daneben gilt es in der anstehenden AHV-Revision das Niveau der heutigen Renten zu sichern, eine gerechte Regelung für das flexible Rentenalter zu finden und die Familien finanziell zu stärken und dank guten Betreuungsplätzen in ihrem Alltag zu unterstützen.

■ *Bei der Pflegefinanzierung sind sich die beiden Räte in wesentlichen Punkten einig. Wie stehen Sie zum aktuellen Entwurf zur Finanzierung der Pflege?*

Fehr: Mit der Stossrichtung bin ich zufrieden, traue aber dem Frieden nicht. Ich befürchte, dass die Bürgerlichen ihre Zugeständnisse nur im Hinblick auf die Wahlen gemacht haben.

Die SP lässt aber nicht zu, dass die Bürgerlichen neu verhandeln. Drücken sie die 20 Prozent, die die Pflegenden selber tragen müssen, nach oben, oder bleibt die Finanzierung durch vage Formulierungen unsicher, dann wehren wir uns vehement. Das Referendum ist deshalb noch nicht vom Tisch.

■ *Wie stellen Sie sich die Finanzierung der Pflege angesichts des demografischen Wandels vor?*

Fehr: Die jetzige Generation wird gesünder altern, also erst spät Pflegeleistungen benötigen. Investitionen in Prävention bringen enorme Gesundheitseffekte. Wenn es uns gelingt, die Gesundheitsförderung im Alter massiv zu verbessern, mache ich mir auch keine Sorgen um die zukünftige Finanzierung der Pflege. Mit jährlich 5 Prozent steigen die Pflegekosten heute nicht stärker an als in andern Gesundheitsbereichen.

■ *Warum sind die Krankenkassen im Parlament so gut vertreten und wie wirkt sich das politisch aus?*

Fehr: Ich erlebe diesen Einfluss als grosses Ärgernis. Gerade die Vertreter jener Kassen, die aggressiv lobbyieren, sind deutlich wahrnehmbar. Diese Kassen – wie etwa die Groupe Mutuel – bestimmen zunehmend die Gesundheitspolitik. Sie wollen den Gesundheitsmarkt nach dem Modell der USA umbauen: Versicherungen sollen entscheiden können, wer sich von wem und wo behandeln lässt. Es geht diesen Konzernen in erster Linie um Geld, in

zweiter Linie um Marktmacht und frühestens in dritter Linie um eine möglichst gute Gesundheitsversorgung für alle.

■ *Im NFA gehen Heime in die Kompetenz der Kantone über. Ist zu befürchten, dass diese den Heimen weniger Geld zur Verfügung stellen?*

Fehr: Genau wegen dieser Gefahr haben wir den NFA abgelehnt. Denn nach einer Schonfrist werden die Kantone dieses Sparpotenzial nutzen und Leistungen abbauen. Zu welchen Leistungen jemand zu welchem Preis Zugang hat, wird zunehmend vom Wohnort abhängen. So entsteht ausgerechnet in einem Bereich Ungerechtigkeit, wo Gleichheit herrschen müsste.

■ *Wie hat sich die Sozialpolitik des Bundesrats durch dessen veränderte Zusammensetzung geändert?*

Fehr: Die entscheidende Veränderung in der Sozialpolitik fand statt, als Pascal Couchepin die Gesundheitsdossiers übernahm. Seither findet eine Verschiebung von staatlich zu privat finanzierten Leistungen statt. Wir alle zahlen laufend mehr aus dem eigenen Portemonnaie. Immer stärker greift zudem die Risikoselektion um sich. Je mehr gewinnorientierte Akteure mitmischen, desto grösser wird der Druck auf alte oder chronisch kranke Menschen, weil diese durch die hohen Kosten, die sie verursachen, die Gewinnaussichten dieser Unternehmen schmälern. ■